Deutsche Ausgabe. Nur als Manuskript gedruckt.

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 172
7. November

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Probleme der deutschen Revolution.
Von Sinowjew 1453

Deutschland

Die Lage in Deutschland.
Von Höllein 1454

Politik.

Die Pläne der politischen Entrechtung in den Vereinigten Staaten. Von Pepper 1455

Arbeiterbewegung.

Zur Entwicklung des Generalstreiks in Polen. Von Digamma 1456
Einheitsfront Moskau-Amsterdam? Von L. 1457

Aus der Internationale.

Die Stellung der KPD. zur gegenwärtigen Lage in Deutschland 1457

Buchbesprechung.

G. Sinowjew: „Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands". Von Duncker 1460

Die Probleme der deutschen Revolution.

Keine Illusionen.

Von G. Sinowjew.

Aus Gründen der Aktualität lassen wir eine geänderte Reihenfolge der Artikelserie des Genossen Sinowjew eintreten. Der nachstehende Artikel stellt den 10. Abschnitt der Artikelserie dar. Die vor diesem Abschnitt geschriebenen, jedoch von uns noch nicht veröffentlichten Aufsätze gelangen in den nächsten Ausgaben zum Abdruck. Die Redaktion.

** Die deutsche Revolution tritt in ihr rauhestes Stadium ein. Die Hoffnungen auf die Möglichkeit einer friedlichen Lösung der Krisis sind nach der Streikbewegung im August (1923) verschwunden. Aber eine Illusion war noch unter den deutschen Arbeitern lebendig: die Hoffnung darauf, daß wenigstens die linke SPD. auf derselben Seite der Barrikade sein wird wie das kämpfende Proletariat: gegen die Bourgeoisie. Der Sinn der während der letzten Wochen durchlebten Etappe besteht darin, daß auch diese Illusion jetzt wie Spreu zerstreut ist.

Die lezten Ereignisse müssen jedermann die Augen öffnen.

Der weißgardistisch-faschistische Diktator Kahr besetzt Bayern. Wie antwortet darauf die offizielle deutsche Sozialdemokratie? Mit eigenen Händen übergibt sie Regierung und Diktatur an die weißen Generale im ganzen übrigen Deutschland.

Dafür ist die Taktik Sachsen gegenüber ganz anders. Hier gelingt es zum erstenmal den Arbeitern, trotz des größten Widerstandes der Führer, eine schwächliche „Arbeiter"-Regierung zu bilden. Wie reagiert darauf die offizielle deutsche Sozialdemokratie? Der Sozialdemokrat Ebert erteilt dem bürgerlichen Ministerpräsidenten Stresemann und dem weißen General Müller alle erforderlichen Vollmachten. Der General Seeckt, der mit den Sozialdemokraten zusammen in der Koalitionsregierung sitzt, konzentriert 60 000 Mann weißgardistischer Reichswehrtruppen und wirft sie gegen Sachsen. Der Berliner Vorsitzende des Eisenbahnerverbandes, Scheffel, „erklärt" den Eisenbahnern, daß die Truppen gar nicht gegen Sachsen, sondern gegen Bayern marschieren, und ergreift alle Maßnahmen, um auch die geringsten Hindernisse für den Transport der gegenrevolutionären Truppen nach Sachsen aus dem Wege zu räumen.

Als die Truppen bereits in Sachsen sind, als die Gegenrevolution schon die Hand an die Gurgel des sächsischen Proletariats legt, kommen die Sozialdemokraten Dittmann und Hilferding nach Sachsen gefahren, um „Unterhandlungen" mit Zeigner zu führen, der auch Sozialdemokrat ist.

Als am 21. Oktober in Chemnitz in der Konferenz der Betriebsräte die Kommunisten, die die Falle voraussehen, vorschlagen, sofort den Generalstreik zu erklären, da sabotieren die „linken" Sozialdemokraten mit Zeigner „selbst" an der Spitze, diesen Vorschlag und räumen damit endgültig den Weg für den General Seeckt.

Als endlich die Angelegenheit erledigt und die sächsische Arbeiterregierung auseinandergetrieben ist, tritt an die Stelle des Sozialdemokraten Zeigner als Oberhaupt der „neuen" sächsischen Regierung auch ein Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, Fellisch, und es wird noch der alte SPD.-Bürokrat Lipinski dazu getan.

Als die empörten Arbeiter Delegationen zum ADGB. schickten, nimmt der an der Spitze dieser ehrenwerten Einrichtung stehende Leipart, auch ein Sozialdemokrat, die Delegationen auf das höflichste auf und „erklärt" ihnen umständlich, daß die Gewerkschaften sich in die Politik nicht einmischen können. (Wenn sie die Faschisten unterstützen und Stresemann dazu, dann heißt das wohl nicht: sich in die Politik einmischen?)

Als die Berliner SPD.-Organisation verlangt, daß das Zentralorgan der Partei, der „Vorwärts", aus einer gelben Zeitung zu einer roten wird, da versammeln sich die rechten und die „linken" Führer der SPD. und fassen den weisen Beschluß: die Morgenausgabe des „Vorwärts" wird, wie früher, von den Rechten redigiert werden, die Abendausgabe aber von den Linken. Mit anderen Worten: morgens wird das Zentralorgan der Partei die Bourgeoisie und die weißen Generale offen verteidigen, und abends wird das mit gewissen Umschweifen geschehen.

In Hamburg haben die Arbeiter wie Löwen gekämpft. Eine beträchtliche Anzahl der SPD.-Arbeiter hat sich an den Kämpfen gegen die Bourgeoisie mit demselben Heldenmut beteiligt wie unsere kommunistischen Arbeiter. Die Führer der SPD. haben der Gegenrevolution geholfen, die Bewegung in Hamburg im Blute zu ersticken, und der sozialdemokratische Präsident Ebert hat die Hamburger Polizei demonstrativ für die Zähmung der Arbeiter belohnt. Dieselbe „Geste" haben sogleich darauf die sozialdemokratischen Senatoren des Hamburger Parlaments wiederholt. Kann man größere Klarheit schaffen?

Ebert, Noske, Wels, Severing, Zeigner, Paul Levi, Crispien, Rosenfeld, Fellisch, Leipart, Lipinski — alles da, was nur verlangt wird! Eine feine Galerie von feinen Typen!

Eine prächtige Arbeitsteilung. . .

Einen schändlicheren Verrat hat das internationale Proletariat bislang nicht gesehen.

Eins der wichtigsten Probleme, bei dem es noch Unklarheiten gab, ist das Problem des Verhältnisses zur Sozialdemokratie, insbesondere zur sogenannten „linken" Sozialdemokratie. Wie sehr wir auch durch die ungeheuerlichen Verrätereien der Herren Sozialdemokraten belehrt sind (es genügt das noch junge bulgarische Beispiel und das jetzige deutsche), so sind wir doch noch aus Trägheit gewohnt, die Sozialdemokratie für eine Arbeiterpartei zu halten, schätzen wir immer noch nicht genügend ihr gegenrevolutionäres Wesen ein. Aber die jetzigen deutschen Lehren müssen genügen, um die deutschen Kommunisten und uns alle ein für allemal von Illusionen in dieser Richtung zu heilen.

Die Hauptkräfte der deutschen Arbeiter haben an den Kämpfen noch nicht teilgenommen; die viele Millionen starken Truppen des deutschen Proletariats sind noch nicht in den Kampf geführt worden. Die Aktionen der Arbeiter einzelner Städte, die häufig gegen den Willen der KPD. vor sich gingen, zeugen nur dafür, wie erhitzt die Atmosphäre ist. Das dringende Bedürfnis der Arbeiter, sich zu bewaffnen, erhält erst jetzt Massencharakter. Die Entscheidungskämpfe werden für einige Zeit verschoben. Aber sie kommen unausweichlich. Je mehr Illusionen der Durchschnittsarbeiter während dieser Zeit verliert, desto besser ist das für die Revolution. Die politische Hauptaufgabe unserer Tage besteht darin, den Einfluß der SPD. endgültig zu liquidieren, der rechten wie der „linken", und damit den Weg für den Sieg der Arbeiter freizumachen.

Die SPD. hat den Faschisten den Weg freigemacht zur „friedlichen" Machteroberung. Die Faschisten brauchen jetzt mit Hilfe der SPD. „nur" Hunderte von Arbeitern der größten proletarischen Zentren totzuschlagen. Aber Deutschland ist nicht Italien. Der deutsche Faschismus wird, auch wenn er von der SPD. unterstützt wird, die elementaren, unaufschiebbaren Aufgaben, die vor Deutschland stehen, nicht lösen können. Die internationale Lage Deutschlands hat sich nicht verbessert, weil die „patriotische" Bourgeoisie und die Sozialdemokratie die „unabhängige" Rheinrepublik Herrn Poincaré in die Hände gespielt haben. Der internationale Knoten wird immer fester gezogen. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands hat sich nicht verbessert, sondern verschlechtert und wird von Tag zu Tag schlechter werden. Die Grundfaktoren der Revolution wirken immer weiter. Das deutsche Proletariat wird stärker werden, wenn es seine letzten Illusionen verloren hat. Der Kern des deutschen Proletariats, Millionen und aber Millionen von Arbeitern werden jetzt das verstehen, was früher nur die Avantgarde verstand: daß der Entscheidungskampf möglich ist nur trotz der gegenrevolutionären Führer der SPD. und gegen sie, daß die rechten Führer der SPD. die schlimmsten Agenten der bürgerlichen Konterrevolution und die „linken" Führer der SPD. nur ein Anhängsel von rechts sind.

Wie viel Zeit notwendig sein wird, damit die Massen die politische Erfahrung der letzten Wochen verdauen, ist schwer vorauszusagen, aber die Krisis ist so scharf geworden, daß die Entwicklung mit verblüffender Geschwindigkeit vor sich geht.

*

Und die Losung „Arbeiterregierung" (oder „Arbeiter- und Bauernregierung")? Welches Licht wirft das sächsische Experiment auf diese Losung?

„Bei all ihren großen Vorzügen birgt die Losung der Arbeiterregierung, wie übrigens die ganze Taktik der Einheitsfront auch ihre Gefahren in sich. Um diesen Gefahren zu entgehen, um schon jetzt gegen die Illusionen einer angeblich unausweichlichen Etappe, einer „demokratischen Koalition" anzukämpfen, müssen die kommunistischen Parteien folgendes im Auge behalten: jede bürgerliche Regierung ist gleichzeitig auch eine kapitalistische Regierung, aber nicht jede Arbeiterregierung ist tatsächlich eine proletarische sozialistische Regierung".

So sagte der Vierte Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in seiner Resolution über die Arbeiterregierung. Das sächsische Experiment hat diese Worte vollauf bestätigt. In derselben Resolution des Vierten Kongresses lesen wir ferner:

„Die Kommunistische Internationale muß mit den folgenden Möglichkeiten rechnen:

1. Liberale Arbeiterregierung.

Eine solche Regierung existierte in Australien. Eine solche Regierung kann auch in nächster Zukunft in England entstehen.

2. Sozialdemokratische „Arbeiterregierung" (Deutschland).

3. Arbeiter- und Bauernregierung. Eine solche Möglichkeit ist auf dem Balkan, in der Tschechoslowakei usw. vorhanden.

4. Sozialdemokratisch-kommunistische Koalitionsregierung.

5. Wirkliche proletarische Arbeiterregierung, die in ihrer reinen Form nur durch die KP. verwirklicht werden kann."

In Sachsen hatten wir den vierten Typus der „Arbeiterregierung" vor uns, und dabei nur im Provinz-Maßstab bei außerordentlich komplizierter Sachlage.

„Die elementarsten Aufgaben der Arbeiter-Regierung müssen bestehen: erstens in der Bewaffnung des Proletariats, zweitens in der Entwaffnung der bürgerlichen gegenrevolutionären Organisationen, drittens in der Einführung der Kontroile der Produktion, viertens in der Abwälzung der hauptsächlichen Steuerlasten auf die besitzenden Klassen und fünftens in der Brechung des Widerstandes der gegenrevolutionären Bourgeoisie."

Alle diese vorläufigen Aufgaben, die dieselbe Resolution des Vierten Weltkongresses vorsieht, hat die sächsische „Arbeiter"-Regierung nicht ausführen können. Die Sozialdemokratie hat alles getan, um es zu verhindern. Deshalb ist sie auch zugrunde gegangen.

Und trotzdem braucht die deutschen Kommunisten das sächsische Experiment nicht zu reuen. Bei der Sachlage, die sich ergeben hatte, konnten und durften die deutschen Kommunisten die Teilnahme an der sächsischen Regierung nicht ablehnen. Sie mußten zeigen und haben allen ehrlichen SPD.-Arbeitern gezeigt, daß sie sogar in der Minderheit mit den Sozialdemokraten zu gehen bereit sind, wenn diese nur einverstanden sind mit der Erfüllung ihrer elementarsten Pflicht der Arbeiterklasse gegenüber. Der Bankrott der sächsischen „Arbeiter"-Regierung ist vor allem der Bankrott der „linken" Sozialdemokratie.

Je schneller, desto besser!

Die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung bleibt richtig. Die Gestalt der SPD. bleibt die alte: offene gegenrevolutionäre Henker (die Rechte) und ein kraftloses Anhängsel, wie die Leute von der „Nowaja Shisn" in Rußland im Jahre 1917 (die Linke).

„Die vollendete Diktatur des Proletariats ist nur die wirkliche Arbeiter-Regierung (Typus 5), die aus Kommunisten besteht", so heißt der Schlußteil der Resolution des IV. Weltkongresses der KI. in der Frage der Arbeiterregierung. Diese Worte werden jetzt viele Millionen der deutschen Arbeiterklasse der Kommunistischen Internationale nachsprechen. Trotz allem wird das deutsche Proletariat triumphieren. Der Moment der Entscheidungskämpfe ist nicht fern.

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Emil Höllein.

Berlin, 7. November 1923.

** Der für heute angekündigte gegenrevolutionäre Putsch ist ausgeblieben, und es ist auch kaum zu erwarten, daß er am 9. November kommen wird. Jedenfalls haben die Putschankündigungen aufrüttelnd gewirkt, sowohl auf die Sozialdemokraten wie auf einen Teil der bürgerlichen Demokraten. Selbst die Reichsregierung sah sich mit Rücksicht auf die Stimmung dieser Parteien veranlaßt, einen Aufruf an das deutsche Volk zu richten, in dem vor dem Umsturz gewarnt wird. Bezeichnenderweise war aber in diesem Aufruf mit keiner Silbe von der Republik die Rede. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsspitzen fordern die Arbeiter auf, sich bereit zu halten, um, wenn der Ruf der Landesregierungen an sie ergeht, in eine reguläre Polizeischutzformation einzutreten.

Vertrauet eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten.
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.

In Berlin erfolgte bereits ein solcher Aufruf des Polizeipräsidiums, wonach die Fehlstellen in der Schutzpolizei — etwa 2½ tausend Mann — sofort mit „unbedingt verfassungstreuen" Staatsbürgern aufgefüllt werden sollen.

Ist das endlich ein Ruck nach links? Ja, wenigstens insofern, als die Sozialdemokraten, solange sie selbst in der Regierung saßen, sich nicht einmal zu einem solchen Aufruf aufraffen konnten, sondern ihre Anhänger immer wieder in Sicherheit wiegten mit der Versicherung, daß die Reichswehr verfassungstreu sei und die Republik retten werde. Während es also bei der Sozialdemokratie ein wenig zu dämmern beginnt,

setzt sich auf der anderen Seite die Rechtsentwicklung in stürmischem Tempo weiter fort. An der bayerisch-thüringischen Grenze stehen die irregulären Truppen Hitlers, Ludendorffs und Kahrs. Im Reiche sind die nationalistischen Kampfverbände ebenfalls mobilisiert. Die demokratischen und sozialdemokratischen Blätter sind voll von Schilderungen über das Treiben der illegalen Rechtsformationen. Im gleichen Augenblick marschiert die Reichswehr in Thüringen ein. Geschieht dies etwa, um Thüringen vor dem Eindringen der Hitler-, Ehrhardt- und Roßbach-Banden zu schützen? O, nein. Man lese die amtliche Begründung zum Einmarsch der Reichswehr in das Land, wo bisher eine geradezu musterhafte Ordnung herrschte. Hier wird klipp und klar gesagt, daß in Thüringen nach sächsischem Muster die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden müsse. Verhaftungen, Haussuchungen, Druckereibesetzungen haben bereits stattgefunden. Und nach berühmtem Muster wurde auch schon Polizei-Oberst **Müller-Brandenburg** unter militärische Kuratel gestellt. Es ist bloß noch eine Frage von Stunden, bis im Stile des General Müller der Aufruf des dort zuständigen Reichswehrgenerals **Reinhardt** erscheinen wird, der der sozialdemokratisch-kommunistischen Regierung einfach den Rücktritt befiehlt.

Unter solchen Umständen ist kaum anzunehmen, daß Herr General Horn der Werbung von zuverlässigen, verfassungstreuen Elementen zur Auffüllung der Berliner Schupo lange ruhig zusehen wird. Denn schon bezeichnet die Rechte das Vorgehen des Berliner Polizeipräsidiums, das gewiß nur mit Zustimmung oder vielleicht sogar auf direkte Anregung von Severing gehandelt hat, als eine Aufforderung zur Bandenbildung. Das Stichwort zum Einschreiten der Militärdiktatur ist also bereits gegeben. Man wird deshalb abwarten müssen, ob die Anordnungen des Herrn Richter in dem beabsichtigten Sinne wirklich zur Ausführung kommen. Man muß jedenfalls auch damit rechnen, daß die Anordnungen der Herren Richter und Severing sehr leicht ihre letzte selbständige Amtshandlung gewesen sein können. Denn, falls nicht Herr General Horn selbst gegen Richter und Severing vorgeht, so werden es die Rechts- und Mittelparteien tun. Die Deutsche Volkspartei läuft bereits ziemlich offen Sturm gegen das Fortbestehen der Großen Koalition in Preußen. Im Grunde ihres Herzens ist sie ganz für die Rechtsdiktatur. Sie möchte jedoch wenn irgend möglich diese Umwandlung in legale parlamentarische Formen kleiden. Bisher stemmten sich die Deutschnationalen diesem Versuche entgegen. Sie wollten die offene Proklamierung der ungeschminkten Rechtsdiktatur. Deshalb weigerten sie sich bisher, überhaupt eine parlamentarische Regierung zu unterstützen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" von heute morgen meldet jedoch einen Umschwung in der Taktik der Deutschnationalen Partei. Sie soll jetzt bereit sein, sogar in die Stresemann-Regierung einzutreten, jedenfalls um sie von innen heraus um so erfolgreicher aushöhlen zu können. Als einzige Bedingung für ihren Eintritt fordert sie von der Deutschen Volkspartei die Ausschiffung der Sozialdemokraten aus der preußischen Regierung.

Wie lange es noch dauern wird, bis die Rechtsradikalen, die in Deutschland bereits die bewaffnete Macht in ihren Händen haben und deren politisches Programm schon zum Programm der Stresemann-Regierung geworden ist, nicht nur herrschende Partei, sondern auch formell regierende Partei werden, läßt sich nicht mit Bestimmtheit voraussagen. Heute stehen die Dinge noch so, daß die Arbeiter zwar zurückgedrängt, aber noch keineswegs geschlagen und entmutigt sind. Sie geradezu zum Kampf herauszufordern, wäre zur Stunde noch ein ziemlich gewagtes Unterfangen, das der Reaktion sehr leicht eine furchtbare Niederlage einbringen könnte. Und dieses labile Gleichgewicht im Kräfteverhältnis zwischen rechts und links ist es, das es dem parlamentarischen Mischmasch noch eine Zeitlang ermöglichen dürfte, sich mit Erfolg als Feigenblatt für die Militärdiktatur zu betätigen.

Politik

Die Pläne der politischen Entrechtung in den Vereinigten Staaten.

Von John Pepper (New York).

** Neue Gefahren drohen den Arbeitern und Bauern der Vereinigten Staaten. Coolidge, der Streikbrecherpräsident, schmiedet gewaltige Pläne, um den Kriegszustand in den Vereinigten Staaten wieder herzustellen. Die Bundesregierung plant drei weitgehende Maßnahmen: 1. Die Wiederherstellung der Kriegsgetreide-Zentrale, 2. ein Bundesgesetz gegen die Gewerkschaften und 3. Meldepflicht aller Ausländer im Bundesgebiet.

Bergwerke und Eisenbahnen sind bereits in den Klauen der Bundesregierung und die Wiederaufrichtung der Kriegsgetreide-Zentrale bedeutet die absolute Herrschaft der Banken und Trusts über die Landwirtschaft. Ein Bundesgesetz gegen die Gewerkschaften bedeutet das Wiederaufleben des Spionagegesetzes, bedeutet die Ausbreitung der bestehenden 38 Gesetze der Einzelstaaten gegen Hochverrat und gewaltsamen Sturz der Regierung auf die ganze Union. Die Meldepflicht für alle Ausländer in den Vereinigten Staaten bedeutet die Wiederherstellung jenes Kriegszustandes, als alle Ausländer samt ihren Besitztümern unter die Kontrolle der Bundesregierung gestellt wurden, was gleichbedeutend damit war, daß Millionen von eingewanderten Arbeitern überhaupt außerhalb des Gesetzes standen.

Die Kriegsgetreide-Zentrale.

Die Bankiers und Trustmagnaten sind die eigentlichen Herrscher der Vereinigten Staaten. Es liegt deshalb auf der Hand, daß der Anstoß zu diesen Maßnahmen und Gesetzen von den Bankiers kam. Das Publikum wird über die neuen Pläne der Regierung und des Kongresses nur durch die verschiedenen Konventionen der Bankiers informiert.

Der Plan für die Wiederherstellung der Kriegsgetreide-Zentrale wurde von einem Komitee, bestehend aus Kongreßabgeordneten, Bankiers und Großgrundbesitzern, gefaßt und dem Präsidenten Coolidge vorgelegt. In diesem Vorschlag heißt es unter anderem:

„Es muß klar verstanden werden, daß wir nicht allein im Interesse der Weizenanbauer und Landwirte des neunten Distrikts handeln, sondern der Weizenproduzenten und Landwirte des ganzen Landes. Wir wollen die Interessen jener schützen, die an den landwirtschaftlichen Hypotheken im ganzen Lande interessiert sind. Wir sind auch daran interessiert, Tausenden von Landwirten ihre Eigentumsrechte auf ihr Land zu wahren und zu verhüten, daß Landwirte gezwungen werden, ihren Wirkungskreis zu verlassen, um sich in einem anderen Staate nach einer anderen Beschäftigung umzusehen."

Die Wiederaufrichtung der Kriegsgetreide-Zentrale liegt nicht im Interesse der ausgebeuteten Landwirte, im Interesse der Banken, die ihr Geld in landwirtschaftlichen Hypotheken angelegt haben. Es zeugt von großer politischer Kurzsichtigkeit oder von Verrat, wenn Politiker wie Frazier oder Magnus Johnson, die von der Masse der Landwirte gewählt wurden, jetzt in den Chor der Bankiers einstimmen und die Wiederaufrichtung der Kriegsgetreide-Zentrale fordern. Während des Weltkrieges half die erste Kriegsgetreide-Zentrale den gegenwärtigen Bankrott der Landwirte vorzubereiten, und wenn heute die Frazier und Magnus Johnson für die Schaffung einer zweiten Kriegsgetreide-Zentrale Stimmung machen, so liefern sie bewußt oder unbewußt die Landwirte der Bundesregierung der Banken und Trusts aus.

Die Landwirte verlangen, daß die Eisenbahnen, Bergwerke und Großindustrien öffentliches Eigentum werden. Die Antwort der Regierung der Eisenbahnen und Kohlenbarone ist aber, daß Besitzrecht der Regierung auf die Landwirte zu proklamieren. Eine Kriegsgetreide-Zentrale, an deren Spitze die bekanntesten Bankiers stehen, bedeutet ein Monopol auf die landwirtschaftlichen Produkte im ganzen Lande. Frazier und Magnus Johnson wurden gewählt, um die Regierung der Bankiers zu stürzen. Jetzt helfen sie ihr, die Herrschaft der Banken über die Landwirte zu vervollständigen und die Landwirte zu Sklaven der kapitalistischen Regierung zu machen.

Das antigewerkschaftliche Bundesgesetz und die Meldepflicht der Ausländer.

Die Verfassung der Vereinigten Staaten kennt nur das Abgeordnetenhaus und den Senat. Aber die ungeschriebene Verfassung der Wirklichkeit kennt eine dritte Körperschaft: die amerikanische Bankier-Vereinigung. Natürlich werden diese neuesten Pläne der Regierung, die die Lebensinteressen von Millionen von Arbeitern betreffen, nicht zuerst dem Abgeordnetenhaus oder dem Senat vorgelegt, sondern einer Sitzung der Vereinigung der amerikanischen Bankiers. Der Advokat James M. Beck enthüllte in seiner großen Rede gegen den „drohenden roten Radikalismus" die Pläne der Coolidge-Regierung folgendermaßen:

„Die Bundesregierung ist der Verbreitung solcher Propaganda gegenüber nicht gleichgültig geblieben, und in der vorigen Woche hat der Generalstaatsanwalt gemeinsam mit den Staatsbehörden Schritte unternommen, um eine wirksamere Ueberwachung der revolutionären und kriminellen Elemente in diesem Lande einzurichten. Auch die nächste Kongreßtagung wird der Gefahr kaum gleichgültig entgegensehen, die bisher von vielen immer zu gering eingeschätzt wurde. Zwei Gesetze sollen angenommen werden; eins davon bestimmt, daß

alle Ausländer sich polizeilich melden müssen, und das zweite erklärt eine Konspiration, um die Staatsregierung durch Gewalt zu stürzen, als Verbrechen. Es ist zweifelhaft, ob es heute irgend ein Bundesgesetz gibt, das es den Bundesbehörden erlaubt, einen Ausländer zu verhaften, obwohl er eine Bombe bei sich tragen mag, um irgend ein Zollhaus in die Luft zu sprengen. Die Meldepflicht für Ausänder wird, wenn sie angenommen wird, zweifellos eine schnelle und willkommene Enthüllung aller ausländischen Kommunisten bringen, die jetzt versteckt sind, und die unaufhörlich, Tag und Nacht, Komplotte schmieden, um die Grundsätze der Ordnung und Freiheit, die in der Verfassung vorgesehen sind, zu zerstören. Vielleicht ist diese Gefahr etwas übertrieben. Aber es ist nur vorteilhaft, in diesem Falle zu übertreiben, denn Vorsicht ist die Mutter der Weisheit."

Amerika steht vor einer neuen wirtschaftlichen Depression. Die Produktion in der Stahl- und Textilindustrie wird immer geringer. Viele Betriebe stellen die Arbeit ein, und das einzige Hilfsmittel, das die Regierung gegen die drohende ungeheure Arbeitslosigkeit kennt, ist ein Gesetz gegen die Gewerkschaften, polizeiliche Kontrolle aller Ausländer und Massenausweisung von Kommunisten. Aus Erfahrung wissen wir sehr gut, daß jeder, der nicht ein bescheidener Diener der Kapitalisten ist, als Kommunist angesehen wird. Jeder, der an einem Streik gegen die Stahl- und Textilmagnaten oder gegen die Eisenbarone teilnimmt, wird zum Kommunisten gestempelt. Und in dem Königreich Garys, des Stahlkönigs, ist sogar jeder ein Kommunist, der es versucht, die Hunderttausende unorganisierte Metallarbeiter zu organisieren.

Und ebenso wie die gewählten Führer der Landwirte, Magnus Johnson, Frazier und andere, die Interessen der ausgebeuteten Landwirte verraten haben, indem sie für die Bevormundung der Landwirte durch die Regierung eintreten, ebenso verraten die gewählten Führer der Arbeiter, Gompers, Lewis und die anderen, die Interessen der Arbeiter, indem sie sich für die Versklavung der Arbeiter durch die Regierung einsetzen. Die sechs Punkte der „United Mine Workers of America" gegen die „Rote Gefahr" und gegen die ausländischen Arbeiter, die vom Kommunismus angefressen sind, sowie die Reden Gompers in der Zusammenkunft der „American Federation of Labor" in Portland bieten der Regierung den besten Vorwand, die ausländischen Arbeiter, also die übergroße Mehrheit der Arbeiter der Schwerindustrie, zu verfolgen.

Die reaktionären Bankiers, die Trustbarone und die Regierung schreien, daß der Kommunismus eine große Gefahr für das Land ist. Was ist Kommunismus? Nichts anderes, als daß die Trusts, die Industrien, die Banken, die Eisenbahnen, die Bergwerke und die Regierung in die Hände der Arbeiter und Bauern übergehen. Was bietet Präsident Coolidge mit Hilfe der Magnus Johnson, Frazier, Gompers und Lewis den Arbeitern und Bauern? Nichts anderes, als ihre Bevormundung durch die Regierung und die politische Herrschaft der Großkapitalisten und Schwerindustrie, der Banken und der Eisenbahnen.

Die Arbeiter und Bauern müssen jetzt wählen: Wollen sie, daß die Regierung sie versklavt — oder wollen sie, daß die Industrie, die Banken und die Eisenbahnen Eigentum der Arbeiter und Bauern werden?

Arbeiterbewegung

Zur Entwicklung des Generalstreiks in Polen.

Von Digamma (Warschau).

** Am 30. Oktober machte das Zentralorgan der PPS. bekannt, daß auf der Sitzung des Exekutivkomitees der PPS. am 29. Oktober im Einvernehmen mit der Gewerkschaftszentral-Kommission beschlossen wurde, für ganz Polen vom 5. November ab „bis zur Weisung des Abbruchs" den Generalstreik zu proklamieren. Er sollte die Antwort auf die Militarisierung der streikenden Eisenbahner und besonders auf die gesetzwidrige, der Reichsverfassung entgegenstehende Verordnung über die Einführung der Standgerichte sein.

Durch diesen Beschluß der leitenden Instanzen der PPS. und der Gewerkschaftsführer wurde die schon seit zwei Wochen andauernde Streikbewegung in eine neue Bahn gelenkt. Diese Bewegung brach ganz spontan, als ein Protest der verzweifelten Massen, aus, die durch die Schieber ausgebeutet werden. Diesen Schiebern steht die Regierung der Agrarier und des Kapitals zur Seite, die das Elend der Bevölkerung im allgemeinen und des arbeitenden Mittelstandes im besonderen [illegible]ßert. Man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß der neue polnische Staat bisher solche gewaltige, breite und spontane Streikwelle noch nicht erlebt hat. Diese Streiks brachen sogar für die Arbeiterorganisationen ganz unverhofft aus. Sie breiteten sich der Reihe nach in Oberschlesien, im Dombrowaer Kohlenbecken, in der gesamten Textilindustrie aus und griffen endlich auf die Hauptader des modernen Staates, die Eisenbahn und die Post, über. Es streiken nicht nur Sozialisten und Kommunisten, sondern auch Arbeiter der „gelben" Organisationen und überhaupt die gesamte große Arbeitermasse, die vordem noch immer nicht in den Kampf gezogen werden konnte. Es handelt sich eben um solche durch Wirtschaftskrisen hervorgerufene ökonomischen Kämpfe, die durch ihre elementare Wucht einen politischen Charakter gewinnen und sich zu einer revolutionierenden und revolutionären Bewegung auswachsen.

Die Bourgeoisie schätzt den wahren Charakter der gegenwärtigen Streikbewegung richtig ein. In ihrer Sprache bezeichnet sie den Streik als „Hochverrat" und paßt ihre Politik dieser Einstellung an, indem sie gegenüber der Arbeiterschaft ein brutales System der Verfolgungen ausübt.

Schon vor einer Woche, als der Post- und Eisenbahnerstreik einsetzte, kam es zu einer Umbildung der Regierung, durch die dem Kapital und dem Agrariertum unter Beibehaltung des Firmenschildes des Großbauern Witos die gesamte Staatsmacht uneingeschränkt ausgeliefert wird. Es trifft zwar zu, daß diese Regierungsumbildung nicht ausschließlich infolge der gegenwärtigen Streiks vorgenommen wurde. Das wäre auch ohne die Streiks geschehen. Aber zweifellos hat die spontane und gewaltige wirtschaftliche Aktion, die eine revolutionäre Stimmung auslöste, die Durchführung der Pläne der Reaktion beschleunigt. Es ist zugleich die politische Antwort auf den Massenkampf des vor Hunger zugrunde gehenden Proletariats.

Die umgebildete Regierung nahm dem Eisenbahnerstreik gegenüber sofort eine provokatorische Stellung ein. Dem Textil- und Bergarbeiterstreik gegenüber (die durch den Verrat der Sozialdemokraten und der gelben Organisationen nur mit einem halben Siege endeten) verhielt sich die Regierung noch neutral. Die Postangestellten und die Eisenbahner jedoch sollen mit Gewalt niedergezwungen werden. Die Regierung drängt ganz deutlich auf eine Machtprobe hin. Aus diesem Grunde wurden die Eisenbahner unter dem Vorwande einer Einberufung zu Armeeübungen militarisiert. Ein weiterer Schritt auf diesem Wege war die Einführung der Standgerichte durch den Befehlshaber des Krakauer Bezirkes. Diese Maßnahme ist gegen die Eisenbahner gerichtet, die sich der Militarisierungsverordnung nicht fügen.

Diese Provokation der Regierung zwang die Sozialdemokraten und die Gewerkschaftskommission, ihre Passivität, mit der sie der Streikbewegung gegenüber standen, aufzugeben. Die Daryński und Zulawski bombardierten zwar die Regierung mit Papiersalven, unternahmen aber in Wirklichkeit gar nichts, um die streikende Masse zu organisieren, zu vereinigen und zielbewußt in den Kampf zu führen. Dort, wo sie die Streiks „unterstützten" (manchmal sogar durch den Generalstreik wie in Krakau), taten sie es unter dem Druck der Massen oder aus Angst davor, ihren Führereinfluß einzubüßen. Gegenüber den Forderungen der Kommunisten, deren Einfluß sogar nach der bürgerlichen Presse ständig wächst, eine einheitliche Kampfesfront herzustellen und dem Streik eine bewußte Leitung zu geben, hatten die Herren aus der PPS., gemäß ihrer Tradition taube Ohren.

Diese Tatsache kann die schlimmsten Folgen für den Verlauf des jetzt proklamierten Generalstreiks herbeiführen. Die Führer der PPS. ließen die ersten zwei Streikwochen verstreichen, ohne den Arbeitern die Notwendigkeit einer solidarischen Verbreiterung der Kampfbasis aufzuzeigen, ohne den wirtschaftlichen Kampf unter der Parole des Sturzes der reaktionären Regierung und der Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung zu einem politischen Kampf zu machen. Und nachdem die Führer der PPS., durch die Regierung provoziert, den Generalstreik erklären, ohne jedoch irgendwelche politische Forderungen zu formulieren, ist die Situation schon dadurch erschwert, daß ein wichtiger Teil der Arbeiter, die Berg- und Textilarbeiter, ihre Arbeit nach Teilerfolgen bereits wieder aufgenommen haben und nun zur Verteidigung der Eisenbahner usw. erneut in den Streik gezogen werden müssen.

Die Kommunisten hoben die ganze Zeit unausgesetzt die Notwendigkeit einer Unterstützung der Streikenden durch die gesamte Arbeiterschaft, die Notwendigkeit einer Ausdehnung des Kampfes zu einem politischen und die Notwendigkeit der Herstellung der Einheitsfront hervor. Nach der Proklamierung des Generalstreikes wandte sich der Verband des Stadt- und Dorfproletariats mit dem Vorschlag an die PPS. und an die Gewerkschaftskommission, zur Leitung des Streiks ein Aktionskomitee zu schaffen, das sich aus Sozialdemokraten, Kommunisten und

anderen Arbeiterorganisationen bis einschließlich zur nationalen Arbeiterpartei zusammensetzen sollte. Dieser Offene Brief fand bei den sozialdemokratischen Massen, die immer mehr die Notwendigkeit der Einheitsfront des gesamten polnischen Proletariats einsehen, großen Widerhall. Aber es ist kaum anzunehmen, daß dieser kommunistische Vorschlag — wie so oft bisher — von dem Generalstab der PPS. nicht abgelehnt wird. Das wird jedoch auf den Kampf, der gerade am ersten Jahrestage der Sejmwahlen — die der Reaktion die unumschränkte Herrschaft in die Hände lieferten — einsetzt, eine große Wirkung ausüben.

Einheitsfront Moskau — Amsterdam?

Von W. L.

** Das Organ der holländischen Sozialdemokratie „Het Volk" veröffentlicht ein Interview mit **Edo Fimmen**. Dieser äußert sich ausführlich über die Weltlage, die er in ziemlich pessimistischem Lichte sieht. Was die vom Proletariat zu treffenden Abwehrmaßnahmen gegen die überall angreifende und vorwärtsschreitende Reaktion betrifft, so sieht Edo Fimmen die sichers.e solcher Maßnahmen in der **Herstellung einer Einheitsfront zwischen Amsterdam und Moskau**. Er meint, daß die Arbeiterklasse ohne diese Zusammenarbeit der beiden Organisationen geschlagen werden wird. Die Vertreter der beiden Lager müßten zusammentreten, ohne einander irgendwelche Bedingungen zu stellen, und den Plan einer gemeinsamen Aktion ausarbeiten.

Die Meinungsäußerung Edo Fimmens müssen wir schon gegenwärtig als eine **Privatmeinung** betrachten, die auch kaum die Anschauungen der leitenden Kreise der Amsterdamer Internationale widerspiegelt. Bekanntlich ist Edo Fimmen vom 1. November ab seiner Stellung als Generalsekretär dieser Internationale enthoben, und er hebt selbst hervor, daß „seine Freunde aus dem IGB. ihn als naiven Menschen" behandeln. Die Rote Gewerkschafts-Internationale, ebenso wie die Kommunistische Internationale, haben ihrerseits zu unzähligen Malen kundgegeben und durch ihre Handlungen gezeigt, daß sie im Interesse des Proletariats **jederzeit bereit sind, eine Einheitsfront zum gemeinsamen Kampf gegen unsere Klassenfeinde zu bilden**. Sind die Amsterdamer bereit, gegenwärtig mit uns zusammen die Aktion zur Unterstützung der deutschen Revolution, zur Abwehr des internationalen Faschismus, zur Hilfe seiner Opfer in Italien, Spanien, Bulgarien, in allen Ländern zu organisieren, so sind sie uns damit willkommen. Aber leider! Wir sehen noch immer das Gegenteil davon! Die Vertreter der Amsterdamer Internationale pflegen nach wie vor eine aktive Zusammenarbeit mit der internationalen Bourgeoisie, wie wieder kürzlich auf der letzten Arbeitskonferenz in Genf, wo, wie man uns versichert, d'Aragona als technischer Berater des „Arbeitervertreters" Rosoni, des Generalsekretärs der faschistischen Verbände, fungierte. Dagegen hört man so gut wie gar nichts von ihrem Willen und ihrer Bereitschaft, mit dem revolutionären Teil der Arbeiterklasse zusammenzuarbeiten.

Ja, Einheitsfront! Aber, wenn die reformistischen Führer in den Schicksalsstunden des Proletariats die Einheitsfront der Arbeiterklasse sabotieren, so wird sie zustandekommen — **gegen diese falschen Hirten!**

Aus der Internationale

Die Stellung der Kommunistischen Partei Deutschlands zur gegenwärtigen Lage in Deutschland.

Am Sonnabend, den 3. November 1923, tagte eine Konferenz verantwortlicher Parteiarbeiter der KPD., um Stellung zu nehmen zur gegenwärtigen Lage in Deutschland und die politischen Aufgaben festzustellen, die sich daraus für die Partei ergeben. Wir lassen die zum Beschluß erhobenen Leitsätze zur Information unserer Leser im Wortlaut folgen.

Die Redaktion.

Der Sieg des Faschismus über die Novemberrepublik und die Aufgaben der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Das Ende der Novemberrepublik.

** Die Novemberrepublik ist auf dem ganzen Gebiete des unbesetzten Deutschlands dem Faschismus ausgeliefert. Die Gewalt befindet sich in den Händen der Militärmacht und sie stellt sich zur bewußten Aufgabe die Vernichtung der Errungenschaften der Arbeiterklasse, des Achtstundentages und der Betriebsräte, um auf dem Rücken des wehrlosen Proletariats die schrankenlose Herrschaft der Bourgeoisie endgültig zu befestigen. Indem die Regierung der Novemberrepublik die Macht an die Militärkaste abgab und im Ermächtigungsgesetz die Axt an die Wurzel der sozialen Errungenschaften der Novemberrevolution legte, hob sie selbst ihr historisches Wesen auf: Das Wesen der Novemberrepublik bestand in dem Versuch, durch die Koalition mit der Sozialdemokratie der Arbeiterklasse vorzutäuschen, daß der Kapitalismus in Deutschland restauriert werden könne unter Beibehaltung der Demokratie und bei sorgfältiger Berücksichtigung der sozialen Interessen der Arbeiterklasse. Jetzt tritt die Bourgeoisie offen unter faschistisches Banner: nicht Demokratie, sondern weiße Diktatur, nicht Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, nicht die lügnerische „Arbeitsgemeinschaft", sondern offene Versklavung der Arbeiterklasse: das ist das Regierungsprogramm . . . .

Der Sieg des Faschismus über die bürgerliche Demokratie vollzog sich in anderen Formen als es die Arbeiterklasse erwartet hat, und er kam ihr darum nicht sogleich klar zum Bewußtsein. Während die Arbeiterklasse in Bayern das Zentrum des Faschismus sah, etablierte sich in Berlin das faschistische Zentrum als die Diktatur des Generals Seeckt, hinter dem nicht nur die Reichswehr steht, sondern auch ausschlaggebende Teile der deutschen Bourgeoisie. Während die Arbeiterklasse, provoziert durch die Drohungen Ludendorffs und Hitlers, durch die Ernennung Kahrs zum Diktator in Bayern nach München starrte, wo unter Trompetenstößen und Flaggenhissen die weiße Diktatur ausgerufen werden sollte, ernannte der Sozialdemokrat Ebert und das Kabinett der Großen Koalition, angeblich zum Kampfe gegen die weiße Diktatur in Bayern, den General Seeckt zum Diktator. General Seeckt proklamierte keine Hohenzollernmonarchie und keinen Krieg gegen den französischen Erbfeind. Seine erste Tat war das Verbot der gesamten kommunistischen Presse und Organisationen; seine zweite die Besetzung der zentralen Position des deutschen Proletariats, des zwischen dem faschistischen Süden und Norden liegenden proletarischen Sachsens; seine dritte die Absetzung der demokratisch gewählten sächsischen Arbeiterregierung. Die Soldaten des Generals Seeckt üben sich in Sachsen in der Auseinanderjagung parlamentarischer Institutionen und Regierungen. Durch diese Generalprobe gibt General Seeckt der Stresemann-Sollmannschen Reichsregierung zu verstehen, daß, nachdem er aus ihrer Hand die Macht erhalten hat, nachdem er die Zeigner-Regierung auf ihren Befehl zum Teufel gejagt hat, er dies in jedem Augenblick mit dem Reichstag und mit der parlamentarischen Reichsregierung tun kann, wenn sie ihm und seinen schwerindustriellen Auftraggebern nicht vollkommen gefügig sind. Die vierhundert Reichstagsabgeordneten im Bierrestaurant des Reichstags und der Reichskanzler mit seinen großen Reden, der sozialdemokratische Reichspräsident, der Befehle dem Militär erteilt, das auf ihn pfeift, all diese Firlefanzereien, die der General Seeckt noch zuläßt, sie können die Tatsache der Machtergreifung des Faschismus nicht verschleiern, obwohl er den parlamentarisch-demokratischen Spuk noch beläßt zwecks Verhüllung der Tatsachen, die die Abwehr der Volksmassen hervorrufen werden.

Die Sozialdemokratie als Helfershelferin des Faschismus.

Daß der Faschismus seinen Sieg über die Demokratie errungen hat, daß er ihn ohne jedwede Gegenwehr des Proletariats erringen konnte, die Verantwortung dafür fällt vollkommen auf die Führer der Sozialdemokratischen Partei. Sie haben durch ein Zugeständnis nach dem anderen eine Position des Proletariats nach der anderen dem Faschismus ausgeliefert. Sie haben trotz aller Warnungen ihrer Parteigenossen dem General Seeckt erlaubt, seine Vorbereitungen zum trockenen Staatsstreich fortzusetzen. Sie haben als Mitglieder der Koalitionsregierung ihm die Macht in die Hände gegeben, und sie haben sogar ihr Ja und Amen zu den sozialen Zielen der Diktatur Seeckt gesagt, indem sie dem Ermächtigungsgesetz zustimmten, das erlaubt, alle Lasten des zersetzten bürgerlichen Staates dem Proletariat aufzubürden. Sie haben zugestimmt der Reichsexekutive gegen das proletarische Sachsen, sie haben in Sachsen den Generalstreik gegen den Einzug der Truppen verhindert, und als alle strategischen Positionen durch die Reichswehr besetzt waren, da haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung der Absetzung ihrer eigenen Parteigenossen in Sachsen zugestimmt, und der Sozialdemokrat Ebert hat eigenhändig den Befehl unterschrieben zur Verjagung seiner Parteigenossen durch den Reichskommissar Heinze, jenen Schandjustizminister, der die Flucht des Faschistenhäuptlings Ehrhardt begünstigt hat.

Somit hat sich der Kreis der fluchwürdigen Politik der sozialdemokratischen Führer geschlossen. Sie haben aus den blutigen Händen des General Müller die „Regierung" wieder

übernommen, die allein in dem Recht besteht, seine Befehle auszuführen und seine Kommißstiefel zu lecken. Sie haben bei Beginn der Novemberrevolution im Namen der bürgerlichen Demokratie das Proletariat gespalten. Sie haben Weiße Garden organisiert zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie. Und sie haben jetzt diese bürgerliche Demokratie der Soldateska ausgeliefert. Sie haben im Namen der Sozialreform die soziale Revolution verleugnet und sie liefern jetzt das nackte Leben der Arbeiterklasse der vollkommenen schrankenlosen Willkür der Eisen- und Kohlenbarone aus. Somit haben die Führer der Sozialdemokratie endgültig mit dem Proletariat gebrochen.

Mit diesen Führern der Sozialdemokratie gibt es nur einen Kampf auf Leben und Tod. Das scheint ein Teil der sozialdemokratischen Arbeitermassen zu verstehen, indem sie den Ausschluß Eberts aus der Partei fordern. Aber Ebert ist keine Einzelperson. Er ist der Vertreter der sozialdemokratischen Führerschaft, die seit dem 4. August 1914 das deutsche Proletariat verriet. Die Wels und Müller, die Sollmann und Schmidt sind Fleisch vom Fleische, Bein vom Beine Eberts. Nicht um den Bruch mit Ebert, nicht um das Schicken eines Sündenbocks in die Wüste handelt es sich, sondern es handelt sich um den Bruch mit einer zehnjährigen Politik des Verrats und ihren Vertretern. Damit sich die wachsende Opposition der Arbeiterklasse nicht auswachse in den revolutionären Kampf um die proletarische Diktatur, haben die sozialdemokratischen Führer, nachdem sie den Faschismus in den Sattel gehoben haben, die faschistische Regierung verlassen, um sich die Schminke der Opposition wie zur Zeit Cunos aufzulegen. Dadurch hoffen sie auch die sogenannten linken Sozialdemokraten am Karren der Bourgeoisie festzuhalten. Dieses Spiel wird nur die betrügen, die sich betrügen lassen wollen. Solange die sogenannten linken Sozialdemokraten nicht offen, klar, politisch und organisatorisch brechen mit den rechten Führern der Sozialdemokratie, sind sie ihre Helfershelfer. Keine Verwünschungen, keine „Opposition" helfen hier, nur das Messer, das die Bande zerschneidet, die sie mit der Politik des Verrats verbindet. Jede Organisation, die nicht mit den rechten Führern bricht, verdient nicht das geringste Maß des Vertrauens, das notwendig ist, damit man sich mit ihr verständigt über den gemeinsamen Kampf. Wer nicht zu brechen weiß mit den Wels, Müller und Ebert, den bewußten Werkzeugen des Faschismus, der ist selbst ein Werkzeug des Faschismus. Mag dies sein aus Dummheit oder Feigheit.

Die Arbeiterklasse und der Zusammenbruch der Novemberrepublik.

Die Arbeiterklasse ließ sich durch den Sieg des Faschismus überrumpeln, nicht nur infolge der geteilten Rollen zwischen der marktschreierischen Politik Ludendorffs, Hitlers und Kahrs und den ruhig und geschickt operierenden Teilen des Faschismus unter Seeckt. Sie ließ sich überrumpeln durch den faschistischen Ueberfall nicht nur dank dem Nebel, mit dem die Sozialdemokratie diesen Ueberfall verschleierte. Sie ließ sich überrumpeln nicht nur infolge der Tatsache, daß es der Sozialdemokratie bis heute gelungen ist, einen großen Teil des Proletariats unschlüssig zu machen, von dem Kampfe zurückzuhalten. Die ganze Geschichte der Novemberrevolution hat dafür gewirkt, daß die Arbeiterklasse untätig zusah, wie die Novemberrepublik verröchelt. Die Novemberrepublik hat das ganze deutsche Volk den Lebensmittelwucherern, den Eisen- und Kohlenbaronen ausgeliefert. Sie hat die Taschen der Spekulanten mit Milliarden gestopft und hat das Proletariat zum Bettler gemacht. Die Novemberrepublik, die die Schule zur Stätte der Lobpreiser der Hohenzollern, die die Gerichte zum Bordell der Weißen gemacht hat, die die Armee den wilhelminischen Generalen und den Faschistenhäuptlingen ausgeliefert hat, sie konnte nicht in der Stunde ihrer Gefahr die Arme der Arbeiterklasse zur Verteidigung in Bewegung setzen. Um den Leichnam der Novemberdirne konnte das Proletariat nicht kämpfen. Der Haß gegen die Novemberrepublik, der einen Teil des Proletariats beseelte, die tiefe Enttäuschung, die sie in ihren bisherigen Anhängern erzeugte, sie ebneten den Faschisten den Weg.

Die Staatsgewalt in der Hand der faschistischen Banden bedeutet die Gefahr der Knebelung, Erdrosselung und Versklavung des Proletariats, und darum bedeutet die Machtergreifung durch den Faschismus den Beginn des entscheidenden Kampfes des Proletariats, des Kampfes auf Leben und Tod, in dem es nur ein Hüben und Drüben gibt. Der bewaffnete Aufstand steht auf der Tagesordnung als die unausweichliche Aufgabe des Proletariats. Darum erklärt die KPD. im Moment der Aufrichtung der faschistischen Diktatur, im Moment, wo Tausende Kommunisten in die Gefängnisse geworfen werden, wo die kommunistische Presse und Organisationen unterdrückt werden, mit eiserner Zuversicht, mit ruhiger Entschlossenheit dieser faschistischen Diktatur den Kampf bis aufs Messer. Dieser Kampf gegen die faschistische Diktatur beginnt mit dem Widerstande der Arbeiterklasse gegen die Einführung des Zehnstundentages, gegen die Arbeitslosigkeit, für Friedensreallöhne, gegen den Belagerungszustand, gegen die Knebelung der Arbeiterpresse, und er wird sich auswachsen zum Angriff des Proletariats gegen die Grundfesten der faschistischen Willkürherrschaft.

Mit eiserner Zuversicht in den nahen Sieg erklärt die KPD., daß die Arbeiterklasse der faschistischen Regierung die Waffen aus der Hand schlagen wird, sie erklärt, daß die Arbeiterklasse die Macht aus den Händen der faschistischen Diktatur reißen wird, sie erklärt, daß sie der Diktatur der faschistischen Bourgeoisie den Kampf um die Diktatur des Proletariats entgegensetzen wird, und daß sie nicht ruht, bis die proletarische Diktatur verwirklicht ist.

Die Diktatur des Proletariats gegen die Diktatur der faschistischen Bourgeoisie.

Die deutsche Arbeiterklasse war im November des Jahres 1918 im Besitz der Staatsgewalt. Sie hat sie der Bourgeoisie ausgeliefert, weil sie in ihrer großen Mehrheit alle die Leiden fürchtete, die unvermeidlich waren, um die Macht zu behaupten. Aus Angst vor dem Kampf schenkte sie ihren Glauben den sozialdemokratischen Führern, die ihr versprachen, auf dem Boden der Demokratie langsam aber friedlich nicht nur Brot und Einfluß auf den Staat zu verschaffen, sondern sogar die Ueberführung der privatkapitalistischen Betriebe in den Besitz des demokratischen Staates. Alle Hoffnungen auf die Demokratie sind begraben. Kein deutscher Arbeiter darf die Lehren der fünf Jahre der Novemberrepublik mißachten. Sie sagen ihm in blutigen Lettern: nur ein Entweder—Oder gibt es. Entweder ergreift die Bourgeoisie die Gewalt, dann reißt sie die Diktatur an sich, dann raubt und plündert sie die Mittelschichten und die Arbeiterklasse aus und sucht ihre Herrschaft auf dem Rücken der Arbeiterklasse und des proletarisierten Mittelstandes aufzurichten, oder das Proletariat reißt die Gewalt in seine Faust. Es benutzt alle Mittel, die es der Bourgeoisie entwindet, zur Organisation der Produktion im Interesse der arbeitenden Schichten.

Alle Erleichterungen für den Uebergang zur Diktatur, die ein starkes Proletariat auf dem Boden der Demokratie sich verschaffen konnte, verschwinden, seitdem es dem Faschismus gelungen ist, die Macht zu ergreifen und sich so den gesamten Staatsapparat unterzuordnen. Der Uebergang von der Diktatur der Bourgeoisie zu der des Proletariats erfolgt durch bewaffnete Kämpfe. Die faschistische Diktatur wurde errichtet, indem die Faschisten das taten, was die Sozialdemokraten nicht verstanden haben: durch stille Minierarbeit hat sie die Machtmittel des demokratischen Staates in ihre Hände genommen und den demokratischen Staat in den faschistischen verwandelt. Nur die **Zertrümmerung dieses faschistischen Machtapparates durch den revolutionären proletarischen Kampf eröffnet die Pforten zur proletarischen Diktatur.** Diesen Kampf vorzubereiten, bildet die Aufgabe der revolutionären Arbeiter in der nächsten Zeit.

Die faschistische Bourgeoisie hat einstweilen nur den Sieg über die Novemberrevolution errungen, aber noch nicht den Sieg über die Arbeiterklasse. Die Arbeiterklasse steht ungebrochen da, große Teile der Arbeiterschaft sind schon vom entschlossenen Kampfeswillen beseelt und andere werden durch Verzweiflung in Kämpfe getrieben. Nur der Verrat der Sozialdemokratie und die durch ihn verursachte Verwirrung ließ noch nicht die Einheitsfront des Proletariats entstehen, die den Sieg über den Faschismus verbürgt. Darum sucht die Bourgeoisie die Uebergangszeit der Verwirrung in der Arbeiterklasse auszunützen, um ihr sofort die entscheidende Schlacht zu liefern. So wie die Herstellung der demokratischen Herrschaft der Bourgeoisie im Januar und März 1919 nur erfolgen konnte, nachdem 15 000 Arbeiter im Kampfe um die ersten Stellungen im Bürgerkrieg gefallen waren, so braucht jetzt die faschistische Bourgeoisie zweihunderttausend Proletarierleichen, um freie Hand zu erhalten für die Durchführung ihres sozialen Programms. Darum forderte Stinnes die Abschaffung des Achtstundentages, obwohl die Arbeitslosigkeit zeigt, daß die Schwerindustrie ihn praktisch gar nicht ausnützen kann. Darum beschloß Stresemann die Absetzung der gesamten sächsischen Regierung, obwohl er wußte, daß die Sozialdemokraten bereit waren, die Koalition mit den Kommunisten zu brechen und eine Koalition mit der Bourgeoisie zu schließen. **In beiden Fällen wollte die faschistische Bourgeoisie das Proletariat provozieren zu einem Aufstande in einer Stunde,** wo es geschwächt und verwirrt durch den Verrat der Sozialdemokratie dastand, wo es sich noch nicht zusammengeschlossen hatte zu einer eisernen, von ernstem Kampfeswillen getriebenen Phalanx, wo seine Vorbereitungen sich noch im Anfangsstadium befanden. **Wenn die lebendigen revolutionären Kräfte des Proletariats jetzt vor der entscheidenden Niederlage bewahrt werden, wenn alle revolutionären Elemente jetzt an ihre Sammlung und Vorbereitung des Kampfes mit eiserner Energie gehen, wenn sie in Teilkämpfen neue Kräfte sammeln, so wird**

morgen der Feind zersetzt, das Proletariat geeinigt in den Kampf ziehen und den Sieg erringen und die proletarische Diktatur aufrichten.

Die faschistische Diktatur,
die letzte und schwächste bürgerliche Regierung Deutschlands.

Die deutsche Bourgeoisie ist am Ende ihres Lateins. Ihre tödliche Wunde besteht darin, daß sie selbst dann, wenn sie vor dem äußeren Feinde kapituliert, nicht imstande ist, das deutsche Volk zu ernähren. Um die Rohstoffe und die Lebensmittel zu beschaffen, die notwendig sind zur Erhaltung der zwanzig Millionen überschüssiger deutscher industrieller Bevölkerung, muß die deutsche Bourgeoisie ihre Warenausfuhr verfünffachen. Nach dem Westen ist das unmöglich angesichts der wachsenden Schutzzollmauer der kapitalistischen Staaten. Nach dem Osten ist das nur möglich bei einer Einstellung der russischen und deutschen Volkswirtschaft auf gegenseitige langfristige Kredite, d. h. durch Verflechten der Volkswirtschaften beider Länder auf Leben und Tod. Dieser Weg ist für die deutsche Bourgeoisie verbaut, denn sie kann weder sich verbinden auf Leben und Tod mit dem ersten proletarischen Staat der Welt, noch kann dieser es tun. Aber auch in dem jetzigen Umfange kann die Bourgeoisie ihre Ausfuhr nicht aufrechterhalten, denn die Stinnes und Krupp, das Kohlen- und Eisensyndikat haben die Preise der grundlegenden Elemente der Industrie so in die Höhe geschraubt, daß die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzunfähig ist. Das bedeutet das rapide Wachstum der Arbeitslosigkeit, das bedeutet die Unmöglichkeit der Sanierung der deutschen Finanzen. Ausländische Anleihen können nur vorübergehend helfen. Auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft kann dieses Deutschland den Arbeitern und den Beamten nicht einmal den Hungerlohn sichern. Trotz aller Quacksalbereien mit der Rentenmark wird die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft lawinenartig weitergehen. Die Möglichkeit, den Mittelstand weiter zu expropriieren, ist bei dem Zustand der Mark schon erschöpft. Die Geldverwässerung als Rettungsmittel der Bourgeoisie ist bis auf die Neige ausgekostet. Der Mittelstand, dessen Sympathien dem Faschismus die siegreiche Kraft verliehen haben, wird unter der Herrschaft des Faschismus durch Verzweiflung an die Seite der Arbeiterklasse getrieben werden.

Die faschistische Regierung des Massenhungers wird gleichzeitig die Regierung des Zerfalls des Reiches sein. Bayern hat sich faktisch unabhängig vom Reiche gemacht. Es hat die 7. Reichswehrdivision als seine besondere Söldnertruppe an sich gerissen. Bayern führt nur das Programm aus, das dem Baron v. Soden in Paris diktiert wurde. Das Deutsche Reich soll verwandelt werden in eine Föderation ohnmächtiger Staaten. Die Besetzung Ostpreußens durch die Polen ist die zweite Bedingung des Friedens mit Frankreich, der die Wittelsbacher zugestimmt haben. Dadurch hoffen sie das Uebergewicht der Hohenzollern, das Uebergewicht des Protestantismus aufzuheben und sich den Weg zur deutschen Kaiserkrone von Frankreichs Gnaden zu bahnen. Im Rheinland ist der Aufstand der separatistischen Kleinbürger niedergeschlagen. Aber mit Zustimmung der Reichsregierung verhandeln die Industriellen mit Frankreich über die stille Separierung der Rheinlande von Deutschland. Die faschistische Regierung, die zur Gewalt gelangt, im Namen der Verteidigung des Deutschen Reiches, wird entweder den Kampf gegen die separatistischen Kräfte wagen — dann geht sie auf in dem Bürgerkrieg der einzelnen Teile der Bourgeoisie untereinander, oder, was wahrscheinlicher ist, sie legalisiert die auseinandertreibenden Kräfte, ja legalisiert den Zerfall Deutschlands. Dann ist sie die personifizierte Ohnmacht, dann bedeutet sie die Zerbröckelung des Reiches, dann bedeutet sie die Auslieferung des Deutschen Reiches und der deutschen Nation an Frankreich und an das internationale Kapital. Dadurch aber wird sie sich entpuppen als die nackte Regierung der Selbsterhaltung einer kleinen Clique der deutschen Industriemagnaten, die, ohne das Land ernähren und verteidigen zu können, eine Gewaltherrschaft ausüben, um nur zu existieren. Sie wird dadurch alles, was lebendig, ehrlich ist an den nationalistischen Massen, von sich abstoßen, in den Massen, deren Unterstützung eine der Hauptquellen ihrer militärischen Macht ist. Deutschland wird flüchten in das Lager der entrechteten ausgepowerten Arbeit, in das Lager der Proletarier, die durch das ganze Reich sich die Hände entgegenstrecken werden, um sich zum Kampf zu verbinden gegen Not, Elend und Sklaverei. Der soziale Befreiungskampf in Deutschland verbindet sich untrennbar mit dem nationalen Befreiungskampf. Die Partei der Diktatur des Proletariats wird zur Partei der nationalen Rettung, und indem wir, die KPD., den Kampf um die Diktatur des Proletariats proklamieren, übernehmen wir gleichzeitig die Pflicht des Kampfes um die Einigung des von den Franzosen abgetrennten Rheinlandes und des Ruhrgebietes, des vom Reiche abgetrennten Bayernlandes, des von Polen bedrohten Ostpreußens, des von Seeckt geknechteten Mittel- und Norddeutschlands, zu einem neuen deutschen Reiche der Arbeit, zum freien Räte-Deutschland.

Unfähig, die einfachsten Lebensbedürfnisse des Volkes zu erfüllen, unfähig, einen Rettungsweg für die deutsche Nation zu finden, wird die faschistische Regierung nichts anderes darstellen, als einen Knäuel sich gegenseitig bekämpfender Cliquen. Der Gegensatz des bayerischen großbäuerlichen Separatismus zum junkerlichen und großkapitalistischen Reichsfaschismus, der schweren Industrie, die auf eine Verständigung mit Frankreich drängt, und der preußischen Junker, mit denen der französische Imperialismus nicht verhandeln will, der Gegensatz der Wittelsbacher zu den Hohenzollern, all die Gegensätze werden die Grundlage ununterbrochener Krisen im Lager des Faschismus bilden, die eine Festigung seiner Macht verhindern wird, wenn die Arbeiterklasse es versteht, sich alsbald zum Kampf gegen die faschistische Herrschaft in geschlossener Front zu sammeln.

Die Vorbereitung des Kampfes um die proletarische Diktatur.

In dem Bewußtsein, daß **der entsprechende Kampf nicht lange auf sich warten läßt, tritt die KPD. mit voller Energie in seine Vorbereitung** und sie gelobt, einig wie ein Mann unter Einsetzung des Lebens eines jeden Parteimitgliedes, Tag für Tag für diesen Kampf zu rüsten und in täglichen Kämpfen die Kraft vorzubereiten, die notwendig ist, um die faschistische Diktatur abzuschütteln und die Diktatur des Proletariats aufzurichten.

Die KPD. wird die Einheitsfront des Proletariats aufrichten. Sie hat versucht, sie aufzurichten sogar durch Verhandlungen mit den Führern der Sozialdemokratie. Sie hat das Opfer gebracht, in die sächsische Regierung einzutreten, um durch die Koalition mit der Sozialdemokratie die Sammlung des Proletariats zu erleichtern, den Weg des Zusammenschlusses der Faschisten des Südens und des Nordens zu verlegen. Der Verrat der sozialdemokratischen Führer hat das Proletariat um die sofortigen Früchte dieser Taktik gebracht. Aber diese Opfer sind nicht umsonst gebracht worden. Die Arbeiterschaft sieht jetzt, daß wir die Einigkeit und den Kampf wollten, und daß die Führer der Sozialdemokratie die Arbeiterschaft dem Feinde ausgeliefert haben. Die Einheitsfront des Proletariats erfordert jetzt, daß der Leichnam der sozialdemokratischen Führer hinausgeworfen wird aus der Arbeiterbewegung, damit er sie nicht verpestet. **Die Einheitsfront des Proletariats wird von unten aufgerichtet.** Die KPD. hat überall an die sozialdemokratischen Arbeiter, an die unteren Schichten der sozialdemokratischen Funktionäre sich mit dem Ruf zu wenden:

Bruch mit den Verrätern des Proletariats!

Einigung und Sammlung um die Fahne der KPD!

Die KPD. hat schon seit Monaten anerkannt, daß es ihre Pflicht ist, die Interessen des proletarisierten und pauperisierten Kleinbürgertums, die Interessen der kleinen Kaufleute, Handwerker, Beamten, Intellektuellen gegen das Großkapital zu verteidigen. Sie hat schon Bresche gelegt in die Mauer des Hasses und Unverständnisses, die das Kapital zwischen dem Proletariat und diesen Schichten aufgerichtet hatte, um zu teilen und zu herrschen.

Jetzt, wo die Faschisten, die sich als Retter des Kleinbürgertums gebärdeten, die Mittelschichten dem Großkapital ausliefern, hat die KPD. mit verzehnfachter Energie in diese leidenden Schichten hineinzugehen, sie für das Bündnis mit der Arbeiterklasse als den einzigen Weg ihrer Rettung zu gewinnen. Sie hat den Intellektuellen zu zeigen, daß sie die Retterin der deutschen Kultur ist, sie hat nicht nur die Landarbeiter, das proletarische Element des Dorfes, sie hat die Kleinbauern um sich zu sammeln. **Die Diktatur des Proletariats wird die Regierung der Arbeiter sein, die das Kleinbürgertum, die Intellektuellen und die Bauern zum Kampfe gegen Not, Elend und Verfall führt.**

Die KPD. hat durch ihren Kampf gegen den Versailler Frieden, gegen die Auslieferung des Ruhrgebiets gezeigt, daß sie die einzige nationale Partei Deutschlands ist. Sie hat die Pflicht, angesichts der Zerstückelung Deutschlands, seiner nationalen Ohnmacht unter dem nationalistischen Regime der Faschisten, seiner Auslieferung an die Entente, in die nationalistischen Massen hineinzugehen, ihnen zu sagen, daß nicht das Hakenkreuz, sondern der Sowjetstern das Wahrzeichen der nationalen Befreiung Deutschlands ist. Sie hat an die Reichswehr und Marine, an die Schupo, an die nationalistischen bewaffneten Organisationen heranzutreten und sie zu fragen, ob sie noch weiterhin bewaffnete Garden des Reichszerfalls und der nationalen Schmach sein wollen, oder ob sie mit uns zusammen kämpfen wollen für ein neues freies Reich der Arbeit.

Die KPD. **fordert die Arbeiterklasse auf, sofort den Kampf gegen die faschistische Regierung und die neue Offensive des Kapitals aufzunehmen.** Sie fordert das gesamte Proletariat auf, die Arbeiter zu unterstützen, die von den Kapitalisten ausge-

sperrt werden, und die gegen Lohndrückung und Arbeitszeitverlängerung, gegen die Verfolgung der Betriebsräte kämpfen. Wir haben den Kampf für Friedensreallöhne zu organisieren. Es gilt, die Hundertschaften nicht nur weiterzubilden, sondern es ist die Aufgabe der Hundertschaften, jeden Tag gegen alle Gewalttaten der faschistischen Unterdrückungsorgane die Arbeiterklasse zu schützen. Auf jeden Schlag der faschistischen Justiz gilt es, zu antworten. Die Seeckt und Stinnes sollen es jeden Tag zu spüren bekommen, daß sie nicht in Italien und nicht in Bulgarien sind. Sie werden sich die Zähne an der Arbeiterklasse ausbeißen. Auf Schlag und Schlägen antworten, tagtäglich zum entscheidenden Kampf rüsten, die notleidenden Volksmassen um sich sammeln, wird die Arbeiterklasse im bewaffneten Kampfe die faschistische Diktatur niederwerfen und die proletarische aufrichten. Dieser Kampf kann schon in den nächsten Wochen kommen. Es gilt, keinen Tag zu verlieren.

Buchbesprechung

G. Sinowjew: „Geschichte der KP. Rußlands".*)

Von Hermann Duncker (Gotha).

** Die deutsche Uebersetzung von G. Sinowjews „Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands" erscheint in einem Augenblick, da diese Veröffentlichung den kommunistischen Genossen in Deutschland sehr eindringliche Lehren zu geben vermag. In dem Wellental einer Niederlage, in der Depression eines Rückzuges wird der politische Blick einer Partei leicht kurzsichtig. Es erheben sich dann die Stimmen derer, die unter dem Druck der Ereignisse die bis dahin eingehaltene politische Linie kurzerhand umbiegen wollen. Aber Niederlagen sind nicht immer Gegenbeweise gegen theoretische Erkenntnis! Sie kennzeichnen nur, daß wir das **Tempo** des historischen Werdeprozesses nie im voraus bestimmen können oder gar in der Hand haben. **Und nichts wäre gefährlicher, als jeden Mißerfolg mit einem Frontwechsel der Taktik beantworten zu wollen!**

Die Kommunistische Partei Rußlands hat mehr als eine Niederlage überwinden müssen und ließ sich doch nicht zu einem grundsatzlosen Zickzack der Politik verleiten. Die **eine** zeitliche, unverbrüchlich festgehaltene politische Grundeinstellung ist gerade das wichtigste Merkmal des Bolschewismus, wie es sich in seiner 25jährigen Geschichte ausprägt. Die Sinowjewsche Darstellung räumt ja mit der naiven Vorstellung auf, als wäre der Bolschewismus erst ein Produkt der Weltkriegsopposition. Sie zeigt, wie der Kommunismus der III. Internationale in allen seinen Teilen nur die konsequente Durchführung des marxistischen Grundsatzes vom proletarischen Klassenkampf ist und wie bereits mit der Begründung der russischen Sozialdemokratie durch Plechanow (1883) — also schon seit 40 Jahren! — der revolutionäre Marxismus sich in unablässigem Ringen mit den Ideologien der verschiedensten Klassen und Klassenschichten entfaltete.

Zuerst mußte er sich durchsetzen und abgrenzen gegenüber dem älteren bürgerlichen revolutionären **Norodnikertum**, das in den 60er bis 80er Jahren heroische, opferbereite Versuche zur Volksaufklärung und Volksbefreiung machte. — Nicht zum mindestens hat dieser Hintergrund einer Reihe revolutionärer Uebermenschen — man denke an Sofia Perowskoje, Steljabow u. a. — und ihres heldenhaften Kampfes gegen die zaristische Selbstherrschaft, der ja auch die Bewunderung von Marx und Engels erregte, dem Bolschewismus eine revolutionäre Tradition gegeben, wie ihn keine andere moderne Arbeiterbewegung besaß, und hinter der nicht zurückzubleiben schon eine hochgespannte Energie und Disziplin verlangte. „Die russische Revolution wird als Revolution der Arbeiterklasse siegen oder sie wird überhaupt nicht siegen" — so rief Plechanow auf dem ersten Kongreß der 2. Internationale 1889 zu Paris aus. Kraftvoller Aufbau einer Arbeiterpartei, das war der Sieg des Marxismus über den utopischen Sozialismus der Norodniker. Mitte der 90er Jahre entstanden so in Petersburg und einer Reihe anderer Städte „Kampfverbände zur Befreiung der Arbeiterklasse". Einer ihrer Hauptorganisatoren war Lenin.

Sehr bald machte sich eine neue theoretische Abgrenzung nötig. Die Oekonomisten, die Vorläufer des späteren Menschewismus und das russische Gegenbild zum deutschen Revisionismus, wollten die Arbeiterbewegung auf reine ökonomische Gegenwartsforderungen beschränken. Die liberale Bourgeoisie andererseits sollte die politische Revolution gegen den Zarismus durchführen. Demgegenüber unterstrichen Plechanow und vor allem Lenin den Gedanken des politischen Kampfes der Arbeiterklasse, ohne freilich dabei ökonomische Etappenziele zu vernachlässigen. Lenins erste Agitationsschriften beschäftigten sich mit dem Strafgelderunfug und der Forderung nach Heißwasser für Teebereitung in den Fabriken. Auch eine revolutionäre Bourgeoisie wollten sie als zeitweiligen Bundesgenossen im Kampfe anerkennen, da man, wie Lenin sagte, in einem großen Haushalte jedes Stückchen Bindfaden benutzen könne. Aber das Proletariat dürfe seine selbständige Aufgabe gegenüber der Zarenmonarchie oder der liberalen Konstitution nicht vergessen, es müsse den Weg gehen zur Vereinigung mit der Bauernschaft, zur richtigen Volksrevolution, „die die Monarchie mit der Wurzel ausreißen, die Ueberreste von Feudalismus mit glühendem Eisen ausbrennen und der erste Schritt zur wahren proletarischen Revolution sein wird". So Lenin bereits 1904! Im Revolutionsjahre 1905 verlangte demgemäß der bolschewistische Flügel der Partei die Schaffung einer „Provisorischen Regierung", die sich auf einer zentralen revolutionären Arbeiter- und Bauernorganisation aufbauen müsse. Der menschewistische Flügel opponierte zugunsten einer liberalen Regierung mit dem Scheinargument des „reinen Marxisten", daß das Proletariat doch in keine Koalitionsregierung eintreten dürfe.

Auf dem ersten menschewistenreinen Kongreß der Bolschewiki, London 1905, wurde bereits die Idee der **Vereinigung von Generalstreik und bewaffnetem Aufstand** erörtert. (Die Menschewiki ersahen nur die Notwendigkeit, die Arbeiter „mit Klassenbewußtsein zu bewaffnen, aber nicht mit Gewehren"!) Die Revolution 1905 machte die erste Nutzanwendung aus der bolschewistischen Theorie: Riesenstreiks in ganz Rußland und bewaffneter Aufstand in Moskau Dezember 1905. Nach der Niederlage verkündete der seit 1903 den Menschewiki nähergerückte Plechanow kühl und überlegen: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen".

Dem Bolschewismus bedeutete die Niederlage der Revolution 1905 nur ein zeitweiliger Sieg des Zarismus: Man müsse sich sofort auf die neue Welle der Revolution vorbereiten! — während sich die Menschewiki im konstitutionellen Rußland häuslich einzurichten gedachten. Jetzt hatten die Bolschewiki gegen zwei Fronten zu kämpfen: gegen das menschewistische Bestreben, die illegale revolutionäre Partei zu „**liquidieren**" und sich auf den Boden der Tatsachen zu stellen und gegen die Linksradikalen, die **Otsowisten** in den bolschewistischen Reihen selbst, die unter dem Druck der Niederlage und in ihrem revolutionären Ueberschwang jetzt den Boykott des bürgerlichen Staatsapparates und der legalen Ausnutzungsmöglichkeiten forderten. Es war Lenin, dessen eiserner Energie es gelang, das Parteischiff auch hier zwischen der Szylla der menschewistischen Liquidatoren und der Charybdis der bolschewistischen Otsowisten ungefährdet hindurchzusteuern.

„In diesem Kampf nicht nur gegen den morschen Reformismus und das Liquidatorentum, sondern auch **gegen den morschen Idealismus und das Abenteurertum in der Politik — denn der Otsowismus war ja nichts anderes als Abenteurertum** — sind die Bolschewiki endgültig gestählt worden." (S. 157.)

Sinowjews inhaltsreiches Buch, aus 6 Vorträgen zum 25. Jubiläum der KPR. entstanden, schließt mit der Novemberrevolution 1917 ab. Am eingehendsten ist das 1. Jahrzehnt der Partei (1898 bis 1908) behandelt worden. Der Narodniker-Bewegung wird Sinowjew meines Erachtens nicht ganz gerecht, aber schließlich wollte er ja auch keine Geschichte der revolutionären Bewegung Rußlands schreiben, wie sie z. B. für die ältere Zeit in dem leider vergriffenen Buch von Alphons Thun vorliegt.

Möge der deutsche Kommunist aus dem Buche ersehen, wie eine revolutionäre Kampfpartei aussieht und aussehen muß.

*) G. Sinowjew: „Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands". Verlag der Kommunistischen Internationale, Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg VIII., 1923 (230 Seiten).

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.